

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 18 (1938-1939)
Heft: 4

Artikel: Geistige Landesverteidigung
Autor: Stocker, Werner
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333473>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Geistige Landesverteidigung

Von Werner Stocker

Geistige Landesverteidigung — das Wort ist zu einem Gemeinplatz geworden, und dem Begriff droht die gleiche Gefahr wie andern guten und notwendigen und darum vielberufenen Dingen: daß man zuviel von ihnen spricht und darüber das *Handeln* vergißt. Nicht, daß man gar nicht davon reden müßte — im Gegenteil: auch hier ist das Wort, der Protest, die Ueberlegung und Auseinandersetzung das *erste* Stadium und die notwendige Voraussetzung für die Tat. Aber in einer Frage, die heute ohne Zweifel die überwiegende Mehrheit des Volkes auf einer großen Linie vereinigt, in der Frage der geistigen Landesverteidigung und ihrer unbedingten Notwendigkeit sollte dieses erste Stadium jetzt überwunden und das zweite, aktive und entscheidende eingeleitet sein. Nicht um noch einmal bei der Deklamation des Wortes zu verweilen und den Begriff zu diskutieren, reden wir *heute* von der geistigen Landesverteidigung, sondern um zur unmittelbaren Aktion aufzurufen und unsern Beitrag zur Verwirklichung dieser Aktion zu leisten.

I.

Erinnern wir uns: Seit Oesterreichs ruhmlosem Zusammenbruch ist die Erkenntnis im schweizerischen Volk allgemein geworden, daß nur ein innerlich starkes, in der Ueberzeugung seines Wertes als staatliche Sonderexistenz *einiges* Volk den heutigen außenpolitischen Drohungen und Gefahren gegenüber bestehen kann. Diese Ueberzeugung ist damals in starken Kundgebungen aller Parteien und Gruppen — von einigen Klüngeln geistiger Vasallen Hitlers und Mussolinis abgesehen — manifestiert worden. Und die seitherige europäische Entwicklung hat wahrlich nichts gezeitigt, das diese Erkenntnis zu erschüttern vermöchte: Der Fall der Tschechoslowakei ist ein Beweis mehr für ihre Richtigkeit.

Einig ist aber ohne Zweifel das schweizerische Volk in seiner großen Mehrheit auch über den *Weg*, der zu dieser innern Erstarkung und Geschlossenheit führen kann. Zu deutlich haben wir jenen *andern*, tragischen Weg, der zum Abgrund führte, an europäischen Beispielen gesehen, als daß nicht die Notwendigkeit, in *entgegengesetzter* Richtung zu marschieren, zur zwingenden Erkenntnis werden müßte. Die Etappen des Niedergangs der österreichischen Republik reden eine klare Sprache: Unterdrückung der Volksrechte durch die Regierung; steigende Krise und Arbeitslosennot; Schwäche gegenüber außenpolitischen Drohungen und Duldung einer täglich wachsenden Propaganda der einer fremden Ideologie verfallenen und in fremdem Solde stehenden Vorposten des Feindes. Auch im Fall der Tschechoslowakei, so sehr sonst manches dort anders lag, waren die zwei wichtigsten Faktoren ebenfalls vorhanden, die den Angriff des Feindes vorbereitet und erleichtert haben: Schwäche und teilweises Versagen im Kampf gegen die Krise, Schwäche und Versagen vor allem

im ideologischen und materiellen Kampf gegen die fremden Agenten. Ganze Landesteile, vielleicht zwanzig Prozent des Staates und Staatsvolkes waren durch Lüge, Verhetzung, Versprechungen und — Arbeitslosigkeit zu Feinden des eigenen Landes, zu blinden, fanatischen Anhängern eines fremden Herrn gemacht worden.

II.

Das alles ist, wir wiederholen es, bekannt, und der Wille und die feste Ueberzeugung, daß wir den *ändern*, nicht den österreichischen oder tschechoslowakischen Weg gehen müssen, ist allgemein. Wie steht es mit der Praxis, mit der *Ausführung* dieses Willens?

Da ist eine erste, wesentliche Frage: Die Haltung der schweizerischen Behörden gegenüber ausländischen »Ratschlägen«, Zumutungen oder Drohungen. Wenn irgendwo, so sollte in diesem Punkt über den einzig möglichen und einzig *schweizerischen* Weg kein Zweifel bestehen. Denn hier steht uns die Schweizergeschichte mit einer langen Erfahrungsreihe als Lehrmeisterin zur Seite. Noch immer war der schweizerische Bundesstaat gut beraten, wenn seine Behörden es *wagten*, jede Einmischung von außen würdig und energisch sich zu verbitten. Der junge Bund von 1856 trotzte erfolgreich — noch in den ersten Entwicklungskrankheiten stehend — im Neuenburger Handel einem ebenso mächtigen wie hemmungslos anmaßenden (bald darauf geistig umnachteten) preußischen König. Die scheinbare Allmacht Bismarcks vermochte in den achtziger Jahren einen starken, auf sein Recht und den Freiheitswillen seines Volkes sich stützenden Bundesrat nicht gefügig zu machen: Das Asylrecht für deutsche Flüchtlinge wurde in einer Weise hochgehalten, die heute schon wie ein Märchen anmutet, und der deutsche Polizeinspektor und Spitzel-Agent Wohlgemuth mußte brummen und dann die gastliche Schweiz auf immer verlassen, mochte der Eiserne Kanzler auch gegen das »wilde« Volk der Helvetier toben. — Auch ein hochtrabender Gesandter der königlich-italienischen Regierung erfuhr — 1902 — die heilsame Wirkung des republikanischen Stolzes eines Bundesrates, der ihm in Beantwortung seiner lärmenden Drohungen kurzerhand die Pässe überreichte.

An Ratschlägen und »Einladungen« fremder und anmaßender Herrscher fehlt es heute weniger denn je. Möge der schweizerische Bundesrat von 1938 so stark und würdig sein wie seine Vorgänger in schwierigen Zeiten es waren. Möge das *Volk*, wenn er es *nicht* sein sollte, die schweizerische Tradition auch heute wahren. Daß der Weg des Nachgebens, der diplomatischen Schlauheit und des Vertrauens in »Versprechungen« jener Herren, die sich bereits als Beherrscher der Welt gerieren, nichts nützt, braucht nicht mehr bewiesen zu werden. *Exempla docent* — auch hier sprechen die Beispiele. Sie heißen Oesterreich, Tschechoslowakei, Spanien, China . . .

III.

Abwehr der fremden, von feindlicher Ideologie beherrschten und direkt oder indirekt in fremdem Solde stehenden *Propaganda*: die

zweite große Aufgabe geistiger Landesverteidigung. Hier scheint der Ruf der wachsamem Arbeiterpresse — endlich! — am zuständigen Orte Gehör zu finden. Man hat mit der *Aktion* begonnen, üble Hetzblättchen der Goebbelspropaganda verboten, Spitzel verhaftet, vielsagende Zusammenhänge aufgedeckt. Die *Säuberung* muß weitergeführt werden. Hier ist noch eine große, aber dankbare, vom ganzen Volk begrüßte Aufgabe unserer Bundesbehörden zu erfüllen.

Aber bei der Arbeit der Bundesbehörden darf es nicht bleiben. Kantone und Gemeinden müssen mithelfen. Denn es gibt Mittel der feindlichen Propaganda, die nicht so offen und läppisch wie jene Hetzblättchen oder die Sprüche der Nazibrüder sich manifestieren, sondern heimlich und auf Schleichwegen und daher um so gefährlicher wirken. Da taucht im Kanton Bern ein Lehrbuch der Geschichte für Mittelschulen auf — bei näherem Zusehen ist es ein ausgesprochenes deutsches Propagandawerk. In einer Töcherschule in Sarnen wird Geographie unterrichtet — nach einem deutschen »Einheitsschülerheft«, und in der Bundesstadt verkauft ein Buchhändler Landkarten, die das Finsteraarhorn als höchsten deutschen Berg bezeichnen. Solche und Dutzende anderer Beispiele der *Infiltration* nazideutscher Propaganda muß das Volk beobachten, brandmarken, den Behörden unablässig *melden*, damit Abhilfe geschaffen werde.

Aber die Abwehr, die Negation allein tut es nicht, es muß das Positive, aufbauende Werk dazu kommen. Wie soll das durch hundert Kanäle eindringende Film- und Radiogift bekämpft werden, wenn nicht endlich der Gegenangriff mit gleichen Mitteln erfolgt? Wo bleibt die Ettersche Filmkammer, worauf wartet das Schweizer Radio? Warum nicht eine »Morgenstunde der Demokratie« einführen, die den schweizerischen Rundspruchhörern Tag für Tag eindringlich klarlegt, daß und warum ein Diktaturregime ein Unglück ist und zur innern Auflösung der Schweiz führen müßte? Man kann ja höflich bleiben und erklären, für *unser* Land wäre es ein Unglück... Stoff ist in Hülle und Fülle vorhanden — aber man müßte ihn nützen.

Denn es gibt anscheinend noch *Naive* in unserem Land, denen man es *deutlich* sagen muß. Da verbreitet ein Kalendermacher, der sich den biedern Namen »Vetter Hans« zulegt, sein Produkt mit dem Titel »Jungschweizer«, verherrlicht darin »deutsche Kunst«, »deutsche Technik« — von Schweizer Kunst und Schweizer Technik keine Zeile — und läßt einen Schweizer in Deutschland wie folgt erzählen:

»Ein kleiner, älterer dicker Herr kommt auf mich zu, stellt sich sehr geschickt vor und bittet, an meinem Tisch Platz nehmen zu dürfen. Schon hat er mein Schweizerabzeichen im Knopfloch bemerkt und erkundigt sich nach meinem Befinden in Deutschland. Ich hatte keinen Grund, ein Lob zu unterdrücken, denn bis jetzt war es mir wirklich sehr gut gegangen. Das freute ihn.«

Und noch schöner wird es im weiteren Verlauf der Erzählung:

»Die Resultate werden bekanntgegeben. ... Händeschütteln zwischen Ingenieur und Voringenieur. Glück für dein weiteres Studium. Heil Hitler-Rufe und auf frohes Wiedersehen im Herbst! Großer Betrieb herrscht überall.

Man trinkt noch eins zusammen, dann geht jeder seinen Weg. Ins Rheinland, an die Ostsee, nach Norddeutschland, in die umliegenden Staaten. Von überall sind Vertreter da...«

Wie gut täte diesem ahnungslosen Vetter und den Lesern seines Kalenders die durch Radio und Film eingehämmerte Belehrung, daß ein Elaborat, das getarnt oder offen, bewußt oder unbewußt Nazi-propaganda betreibt, mit Schweizertum, geschweige denn mit »jungschweizerischer« Art nichts zu schaffen hat.

IV.

Kehren wir zurück zur Haltung der Behörden. Die letzten Aktionen der Bundespolizei haben die Hoffnung geweckt, daß der berühmte Star im rechten Auge dieses Drachen endlich gestochen und glücklich operiert sei. Möge die Freude nicht verfrüht sein — denn es bleiben der Zweifel und Fragen noch genug. Was für ein eigenartiger Widerspruch zum Beispiel, wenn die Bundesbehörden einerseits die Gefahr der fremden Propaganda- und Spitzelorganisationen klar zu erkennen scheinen, dem Volke des Kantons Baselstadt aber *verbieten* wollen, in seinem Gebiet aus eigener Kraft für Ordnung zu sorgen! Oder eine andere, geradezu groteske Erscheinung: Die Regierung des Kantons Uri unterbreitet ihrem Volke ein Gesetz, das die Kommunisten verbannt und ihre Organisationen verbietet (man präsentiere uns einen Urner Kommunisten!), »andere« staatsgefährliche Verbände aber nur ganz vag umschreibt und die Weisung, die Regierung *könne* sie, wenn nötig, auch verbieten... Glaubt man denn in Bern und in Altdorf immer noch, der Feind der schweizerischen Demokratie heiße Kommunismus, und ist die Kunde noch nicht ins Tal der Reuß gedrungen, daß ein ganz *anderer* Feind am Werke ist, der einen *Namen* hat und faßbar ist — wenn man ihn fassen *will*? Oder endlich — auch das gehört ins Kapitel der *mangelhaften* geistigen Landesverteidigung — die Sprüche gewisser hoher und höchster Magistraten, wonach in der Armee »politische Fragen keine Rolle spielen dürfen«. Wie das gemeint ist, lehren die Tatsachen: Sozialistisch gesinnte Leutnants oder Oberleutnants werden im Dienst und im Zivilleben scharf beobachtet und mit fadenscheinigen Gründen zur Disposition gestellt oder sonstwie gemäßregelt; der Weg zu höheren Chargen ist ihnen ohnehin verschlossen; Major Leonhardt aber führt mit Stolz seinen Titel, und prominente Fröntler brüsten sich mit der behördlich attestierten einwandfreien Qualität ihrer soldatischen Dienste. — Man täusche sich in Bern darüber nicht: Diese Zustände haben in der Armee und in der Zivilbevölkerung eine Unruhe und Besorgnis geschaffen, die sich nicht mehr legen wird, ehe nicht jene Forderung erfüllt ist, die für unsere Demokratie einfach eine Selbstverständlichkeit sein sollte: Kein Verächter der Demokratie, kein Nachbeter der Diktatorensprüche aus Süden und Norden darf Platz finden im Offizierskorps der schweizerischen Milizarmee.

Es gibt noch andere Plätze im Dienste der Eidgenossenschaft, an welche Bewunderer fremder Ideologien schlecht hinpassen. Der

schweizerische Gesandte in Berlin, Dr. Frölicher, hielt soeben in München eine Rede, die nach Pressemeldungen den Passus enthielt:

»Außerhalb Deutschlands werde es noch immer nicht genügend erkannt, daß es ein Verdienst des Nationalsozialismus sei, nicht Außenpolitik nach alten imperialistischen Rezepten zu machen, sondern den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes des Volkes auf sein Panier geschrieben zu haben.«

Haben wir es wirklich nötig, daß *schweizerische* Diplomaten die »Verdienste des Nationalsozialismus« im Ausland hervorheben? Die Verdienste jener »neuen Rezepte«, welche die Lüge als erfolgreiches politisches Prinzip propagieren und dazu führen, daß »im Namen des Selbstbestimmungsrechtes« Oesterreich vernichtet und die Tschechoslowakei mit Anwendung brutaler Machtpolitik zerstückelt wird? — Merkwürdige geistige Landesverteidigung.

V.

Wichtiger als die Worte sind — im positiven wie im negativen Sinne — die Taten. Ueberflüssig, nochmals zu betonen, daß die *Arbeitsbeschaffung* an der Spitze der Aufgaben der geistigen Landesverteidigung steht. Nur ein Hinweis sei noch gestattet: An die Verfassungsvorlage über das provisorische Finanzprogramm, die soeben vom Schweizervolke mit überraschend großem Mehr angenommen wurde, knüpft sich für Tausende von schweizerischen Arbeitslosen die bestimmte Erwartung, daß nun eine gewaltige Anstrengung zu wirksamem Kampf gegen Krise und Arbeitslosennot endlich erfolge. Wie mancher kritische, an der Bundespolitik der letzten Jahre verzweifelte Schweizer mag sich sein Ja noch in der letzten Woche abgerungen haben, als ihm bundesrätliche Reden und Manifeste der Parteien versicherten, es werde und müsse nun vorwärts gehen im Kampf um Arbeit und Brot. Was wir schon vor dem 27. November mit aller Deutlichkeit sagten, darf auch jetzt, nach dem erfolgreichen Abstimmungstag, keinen Augenblick außer acht gelassen werden: Diese Zustimmung des Volkes zur Ueberbrückungsvorlage ist vor allem andern *Auftrag* und *Aufgabe* für die nächsten Jahre. Sie muß wirklich die Brücke werden, die aus dem Chaos und der Not der letzten Jahre in eine bessere Zeit hinüberführt: Zur geistigen Klarheit über Wesen und Aufgabe unserer Demokratie; zur Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände; zur sozialen Gerechtigkeit und wirtschaftlichen Besserung.

Wird die Bedeutung des 27. November 1938 von uns selbst und vom ganzen Volke, vor allem aber auch von den verantwortlichen Behörden so aufgefaßt, so wäre damit die große und unerhört schwierige Aufgabe der geistigen Landesverteidigung zwar nicht gelöst, aber doch erfolgverheißend in Angriff genommen.